



Niederschrift

17-018. Sitzung des Ausschusses des Kreistages für Regionalpolitik und Infrastruktur

am Donnerstag, 08.10.2015, 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1.1 Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2015 zur Umsetzung des Nahverkehrsplans Kreis Bergstraße 2014 - 2018
Vorlage: 17-1721
- Punkt 1.2 Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 16. September 2014 zur Umsetzung des Nahverkehrsplans Kreis Bergstraße 2014 - 2018
- jährlicher Bericht der Verwaltung gemäß Beschluss des Ausschusses vom 09. Oktober 2014
Vorlage: 17-1411/1
- Punkt 2 Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2015 betreffend Gründung einer Lokalen Nahverkehrsgesellschaft für den Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-1720
- Punkt 3 Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2015, eingegangen am 21. September 2015, betreffend Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - "Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Gebührenzahler"
Vorlage: 17-1798
- Punkt 4 Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2015, eingegangen am 21. September 2015, betreffend "Wertstofftonne statt DSD"
Vorlage: 17-1800
- Punkt 5 Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2015
- Teilhaushalt 05
Vorlage: 17-1802
- Punkt 6 Bundesfachplanung Netzausbau "Ultranet"
Vorlagen: 17-1563 und 17-1563/1
- Punkt 7 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Verzögerung beim Ausbau der S-Bahn auf der Main-Neckar-Bahn und der Riedbahn

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Ringhof, Martin CDU

Ausschussmitglieder:

Haag, Alfons	CDU	in Vertretung für Haas, Günter
Heuler, Sabine	CDU	
Jäger, Klaus	CDU	
Ringhof, Martin	CDU	siehe auch Ausschussvorsitzender
Roos, Heinz	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	
Angermann, Dieter	GRÜNE	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Vollmer, Thomas	FREIE WÄHLER	
Sürmann, Frank	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	Bürgerunion
Dambier, Peter	PIRATEN

Fraktionsvorsitzende:

Fiedler, Josef	SPD	(anwesend bis zeitweise TOP 4)
Zenker, Veronika	PIRATEN	

Kreisausschuss:

Engelhardt, Christian	Landrat
Schimpf, Matthias	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen (anwesend bis TOP 5)
Michel, Christina	Controlling (anwesend von zeitweise TOP 2 bis 5)
Bickelhaupt, Reinhold	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
Schierz, Corinna	Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz
Bolte, Claudia	Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
------------------	---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreistagsabgeordneter Ringhof, eröffnete um 17:00 Uhr die 17-018. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

- Punkt 1.1:** **Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2015 zur Umsetzung des Nahverkehrsplans Kreis Bergstraße 2014 - 2018**
Vorlage: 17-1721
- Punkt 1.2:** **Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 16. September 2014 zur Umsetzung des Nahverkehrsplans Kreis Bergstraße 2014 - 2018**
- jährlicher Bericht der Verwaltung gemäß Beschluss des Ausschusses vom 09. Oktober 2014
Vorlage: 17-1411/1

Die Punkte 1.1 und 1.2 wurden gemeinsam beraten.

Herr Kreistagsabgeordneter Wingerter wünschte für den Ausschuss Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Umsetzung des Nahverkehrsplans. Die Mitwirkung des Ausschusses sollte nicht nur auf die Beratung über eine im Abstand von einigen Jahren anstehende Fortschreibung des Nahverkehrsplanes beschränkt sein.

In Ergänzung zur Informationsvorlage 17-1411/1 berichtete Herr Bickelhaupt über die von Hessen Mobil angebotene Informationsveranstaltung zum Ausbau von Bushaltstellen am 04. März 2015, bei der zehn Kommunen des Kreises vertreten gewesen seien.

Bei der anschließenden Aussprache über den Bericht der Verwaltung gab es insbesondere Fragen zu den Themen "Ausstattung von Haltestellen mit elektronischem Auskunftssystem" und "Mobilitätsberatung", zu denen Herr Bickelhaupt Auskünfte gab.

Bezüglich der künftigen Finanzierungsanteile der VRN GmbH für die Verkehrsleistungen des Linienbündels "Odenwald Mitte" sagte Herr Bickelhaupt zu, nähere Informationen hierzu nach Abstimmung mit der VRN GmbH mit dem Protokoll nachzureichen.

(Die Verwaltung hat von der VRN GmbH folgende Auskunft erhalten:

"Die VRN GmbH veröffentlicht im Jahresbericht über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gem. Artikel 7 Abs. 1 der VO 1370/07 die verbundweit gezahlten Ausgleichsleistungen / Pönale je Linienbündel. Die Daten sind auf der Homepage veröffentlicht.

Im VRN werden die Verkehrsleistungen im Nettoprinzip bestellt, das bedeutet, der Unternehmer kalkuliert Kosten und Einnahmen, saldiert es zu seinem Zuschussbedarf und bietet diesen inklusive der Übernahme des Erlösrisikos an. Das Entwicklungsrisiko liegt vollständig beim Unternehmer.

Grundsätzlich ist man nur verpflichtet, die realen Kosten für den ÖPNV je Konzessionsvertrag offenzulegen - also den Zuschussbetrag, so wie er auch im Bericht nach Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007 veröffentlicht wird. Wie sich diese Summe errechnet, sind Betriebsgeheimnisse des Betreibers und strengst vertraulich zu behandeln.

Der Zuschussbedarf für das Linienbündel "Odenwald Mitte" beträgt im Jahr 2015 749.261,17 € (Betriebsaufnahme 01.04.2015). Die Schlussabrechnung erfolgt in 2016 unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kilometerleistung und festgestellter Pönale."

Herr Kreistagsabgeordneter Wingerter erläuterte die Intention des Antrags der SPD-Fraktion und wies darauf hin, dass alle Kreise und kreisfreien Städte in Hessen mit Ausnahme des Kreises Bergstraße eine eigene lokale Nahverkehrsgesellschaft hätten. Mit einer solchen Gesellschaft könnte der Kreis seine Interessen im VRN besser vertreten und sicherlich bessere und günstigere Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr realisieren.

Herr Kreistagsabgeordneter Haag hielt die derzeitige Organisationsstruktur im Bereich des ÖPNV für wirtschaftlich und zweckmäßig. Die Vertreter der Fraktionen von CDU und GRÜNE würden deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Landrat Engelhardt ergänzte, in interkommunaler Zusammenarbeit wie sie der VRN darstelle könnten Aufgaben effizienter erfüllt werden als durch einzelne Organisationen. Mit einer eigenen lokalen Nahverkehrsgesellschaft würden Doppelstrukturen geschaffen.

Herr Kreistagsabgeordneter Jäger erklärte, bei den Kommunen des Kreises sei kein Bedarf für eine lokale Nahverkehrsgesellschaft erkennbar, und fragte nach den Kosten einer solchen Einrichtung.

Im Laufe der Beratung des Antrags wurde auch das Betriebskonzept der Weschnitztalbahn, insbesondere mögliche Einsparungen beim Fahrzeugbedarf bei einer Verlagerung der Kreuzungspunkte, thematisiert. Es wurde vereinbart, sich mit dem Thema "Betriebskonzept der Weschnitztalbahn" noch einmal in einer späteren Sitzung zu befassen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

2 Jastimmen, 8 Neinstimmen.

(Ein Mitglied des Ausschusses war bei der Abstimmung nicht anwesend)

Punkt 3:

**Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2015, eingegangen am 21. September 2015, betreffend Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - "Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Gebührenzahler"
Vorlage: 17-1798**

Der Antrag der FDP-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

- "1. Der Kreistag kritisiert als größter Gesellschafter des ZAKB Bergstraße die sinnlose Verausgabung von über 462.000 € (ohne Personalkosten) für die Vorbereitung des Baus einer Windkraftanlage auf dem Gelände des ZAKB in Hüttenfeld, obwohl von Anfang an die Unwirtschaftlichkeit bekannt war.
2. Der Kreistag kritisiert weiter, dass diese Mittel nicht zur Erhaltung der Gebührenstabilität oder Gebührensenkung für die Bürger zur Verfügung stehen.
3. Der Kreistag stellt fest, dass Energieerzeugung, soweit sie nicht mit Abfallverwertung eingeht, keine zweckentsprechende Aufgabe des Verbandes ist."

Für solche Maßnahmen seien nun nicht mehr Plangenehmigungsverfahren ausreichend, sondern zeit- und kostenaufwendigere Planfeststellungsverfahren erforderlich.

Als Termin für die Betriebsaufnahme des Rhein-Main-Neckar-Expresses werde unverändert von Dezember 2017 ausgegangen.

Herr Ausschussvorsitzender Ringhof schloss um 18:50 Uhr die Sitzung.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Ringhof

Ausschussvorsitzender

gez. Schüßler

Schriftführerin